STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2010/127
öffentlich		
Datum 14.10.2010	Aktenzeichen FD I.1/ha/gl	Federführend: Frau Haase

Betreff

Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre - 1. Entwurf des doppelhaushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -

Beratungsfolge Gremium	Datum	Berichterstatter
Finanzausschuss	26.10.2010	
Bau- und Planungsausschuss	27.10.2010	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss	11.11.2010	
Sozialausschuss	09.11.2010	
Umweltausschuss	10.11.2010	
Hauptausschuss	22.11.2010	
Stadtverordnetenversammlung	29.11.2010	Herr Conring

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Produktsachkonto	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
Bemerkung:					

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltssatzung 2011 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Sachverhalt:

1. Allgemeines/ Vorbemerkungen

Rechtliche Grundlagen

- a) Zum 01.01.2009 hat die Stadt Ahrensburg erstmals einen Haushalt nach doppelhaushalts Grundsätzen beschlossen, zuvor wurde der Haushalt kameral geführt. Seit 2009 sind flächendeckend auch die Abschreibungen von Anlagegütern bzw. die Auflösung ggf. gezahlter Zuweisungen etc. darzustellen. Die Ermittlung ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen; dies soll aber alsbald erfolgen. Erst nach Zusammenstellung dieser Zahlen im Rahmen einer Eröffnungsbilanz kann auch der Jahresabschluss 2009 durchgeführt werden, darauf aufbauend letztlich der Jahresabschluss 2010.

b) Pflichtsatzung/ Vorbemerkungen:

Die Grundlage zur Haushaltssatzung enthält § 95 GO. Nach § 95 Abs. 1 GO hat die Stadt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Die Haushaltssatzung hat nach § 95 Abs. 2 GO folgende Festsetzungen zu enthalten:

1. des Haushaltsplanes unter Angabe des Gesamtbetrages
 - a) der Erträge und der Aufwendungen im Ergebnisplan des Haushaltsjahres,
 - b) der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit im Finanzplan des Haushaltsjahres,
 - c) der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung),
 - d) der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen (Verpflichtungsermächtigungen), die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen belasten,
2. des Höchstbetrages der Kassenkredite,
3. der Steuersätze (Hebesätze)
4. der Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen.

Liquide Mittel sind seit 2010 nicht mehr vorhanden. Gerade in der gegenwärtig noch schwierigen konjunkturellen Lage 2010 benötigt die Stadt in erheblichem Umfang Kassenkredite und hat darüber hinaus Anfang Oktober 2010 aus der Ermächtigung 2010 einen Teilinvestitionskredit von 5,0 Mio. € aufgenommen, um eine Überschreitung des Kassenkreditrahmens von 8,5 Mio. € zu vermeiden.

Auch **2011** weist der **Ergebnishaushalt** einen **Fehlbetrag** von 2,0 Mio. € aus (Vergleich 2. Nachtrag 2010: 7,3 Mio. €), ferner wird 2014 ein Fehlbetrag entstehen (1,5 Mio. €), dies trotz ab 2011 einbezogener erheblicher Grundsteuermehreinnahmen, basierend auf einem Hebesatz von 370 % (zurzeit: 300 %). Die Jahre 2012 und 2013 sind nur wegen der im Ergebnishaushalt darzustellenden Grundstückserlöse (Hinweis: Beimoor Süd – Erweiterung) ausgeglichen.

Grundstückserlöse sind sowohl im Ergebnishaushalt wie auch im Finanzhaushalt, dort aber im investiven Rahmen der Einzahlungen, zu veranschlagen. Daher zeigt sich im Finanzhaushalt eine Situation, die nicht vergleichbar dem Ergebnishaushalt ist:

Die Deckungslücke im **Finanzhaushalt** liegt im **Etat aus laufender Verwaltungstätigkeit** für 2011 bei rd. ./ 0,97 Mio. € (Vergleich 2. Nachtrag 2010: 4,12 Mio. €) und für 2012 bei ./ 1,10 Mio. €. Die Jahre 2013/ 2014 weisen einen leichten Überschuss in Höhe von 1,01 Mio. € bzw. 1,44 Mio. € aus; dies ist insbes. auf steigende Anteile an der Einkommensteuer – ermittelt nach den Prognosen für die Folgejahre entsprechend Haushaltserlass vom 23.09.2010 – zurückzuführen. Die Gewerbesteuer ist bei unverändertem Hebesatz von 350 % mit 19,0 Mio. €, ab 2013 mit 19,5 Mio. € veranschlagt.

Im **Investitionsbereich** zeigt sich 2011 trotz bereits durch die Verwaltung in internen Gesprächen erfolgter Reduzierungen/ Verschiebungen eine Lücke in Höhe von 2,12 Mio. €, 2013 in Höhe von 4,45 Mio. € und 2014 in Höhe von 8,5 Mio. €.

Der Finanzhaushalt/ Investitionen ist somit in allen Jahren überwiegend nicht ausgeglichen. 2013 wurde eine (Sonder-)Tilgung in Höhe von 5,0 Mio. € veranschlagt, korrespondierend mit dem Wunsch, die in 2010 erforderliche Neuverschuldung von mehr als 11 Mio. € im Hinblick auf 2012 geplante Erlöse aus der Veräußerung von Gewerbegrundstücken im Bereich der Erweiterung Beimoor Süd II zu ca. 50 % wieder zurückzuführen. Der Teilkredit von Oktober 2010 in Höhe von 5,0 Mio. € wurde mit einer Zinsbindung von 3 Jahren aufgenommen.

***Hinweis:** 2010 wurden Grundstücksankäufe zur Erweiterung des Gewerbegebietes in Höhe von 5,4 Mio. € bei Investitionen von 17,5 Mio. € getätigt.*

Im Folgenden wird auf die wesentlichen Eckpunkte des Haushalts 2011 ff eingegangen:

2. Ergebnishalt 2011 ff

2.1 Erträge (Ergebnishaushalt)

Durch die **Grundsteuer B** (Produkt-Sachkonto 61100.4012000) können bei einem Hebesatz von 370 % rd. 5,15 Mio. € eingenommen werden; dies entspricht einer Steigerung von 1,0 Mio. € der Grundsteuern; bei einer Erhöhung auf 350 % wären es immerhin noch rd. + 0,7 Mio. €. Der Hebesatz von 370 % entspricht dem verbindlich durch das Land vorgegebenen Hebesatz ab 2010, sollte die Stadt aufgrund des Fehlbetrages den Antrag auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung beim Land stellen. Derzeit ist ein derartiger Antrag ausgeschlossen, der Innenminister hat die Stadt eindringlich im Rahmen der Genehmigung der Haushaltssatzung auf Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung hingewiesen.

Der **Gewerbesteueransatz** (Kontengruppe 4013) wurde 2010 auf 19 Mio. € reduziert, das Anordnungssoll 2010 liegt gegenwärtig bei rd. 18,7 Mio. €. Wann die tlw. mit überhöhten Vorauszahlungen für die Gewerbebetriebe belasteten Vorjahre bis 2008 abgerechnet sind, ist derzeit noch nicht einschätzbar. Diese Erstattungen belasten die Stadt noch in den kommenden Jahren. In der gegenwärtigen Lage wird in Würdigung der Bedeutung des Gewerbebestandes Ahrensburg mit seinem noch vergleichsweise stabilen Aufkommen, was wiederum auch auf die Vielzahl von Gewerbebetrieben zurückzuführen ist, auch von einer Anhebung des Hebesatzes Gewerbesteuer von 350 % abgesehen. Sobald die konjunkturelle Besserung im Gewerbe beständig angekommen ist, wird daher – auch im Sinne einer Gleichbehandlung mit den durch die Anhebung der Grundsteuer ab 2011 stark zusätzlich belasteten Grundeigentümern (+ 23 % bei 370 %) – eine Anhebung des Hebesatzes Gewerbesteuer zu erwägen sein.

Der Haushaltserlass prognostiziert für 2011 ein Landesaufkommen der Gemeindeanteile an der **Einkommenssteuer** (Konto 4021) von 781 Mio. € (rd. 11,77 Mio. €) und folgt damit dem Trend für 2010 - Landesaufkommen von 794 Mio. € (Mai-Steuerschätzung 2010 – somit 11,97 Mio. €). Der Haushaltserlass empfiehlt für 2012 eine Steigerung um 8 %, für 2013 um 7 % und für 2014 um 5 % - jeweils bezogen auf das Vorjahr. Die Anteile an der Einkommensteuer könnten demnach bis auf 14,25 Mio. € für 2014 ansteigen. Diese steigenden Einkommensteueranteile sind entsprechend ab 2012 veranschlagt.

Die Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen - Kontengruppe 41 - erreichen einen Anteil von 2,28 Mio. € gegenüber 3,92 Mio. € in 2010 (Plan). Enthalten sind hierin Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen und Zuschüsse von Dritten, aber insbes. 2010 auch die **Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen**.

Hier - Konto .4162000 – waren aufgrund einer Besonderheit im doppelten Haushaltsrecht 2010 einmalig 1,51 Mio. € aufzulösende Zuweisungen für Maßnahmen des Konjunkturprogramms II veranschlagt. In Schleswig-Holstein ist vorgeschrieben, dass Sanierungs-, Modernisierungs- und Erneuerungsmaßnahmen (generell als Aufwand zu veranschlagen im Ergebnishaushalt) dann im Finanzhaushalt zu veranschlagen sind, wenn hierfür Zuweisungen gewährt werden - § 41 Abs. 3 GemHVO. Dies war für die Maßnahmen des Konjunkturprogramms II im Kindertagesstätten-, Schulbereich und für das badlantic und des Landesschulbauprogramms gegeben. Die im Finanzhaushalt veranschlagten Sanierungsmaßnahmen und Zuwendungen (2,087 Mio. €) wurden ggf. im Ergebnishaushalt als einmalige Abschreibung bzw. Auflösung veranschlagt und führen 2010 zu den dargestellten hohen Erträgen/ Aufwand. In allen anderen Fällen werden die Zuweisungen über die Nutzungsdauer des Anlagegutes und nicht einmalig aufgelöst.

***Hinweis:** Die deutliche Absenkung ab 2014 ist darauf zurückzuführen, dass Anfang der 70er Jahre errichtete Schulgebäude - wie z. B. das Schulzentrum und die Grundschule Am Aalfang - aufgrund ihrer Konstruktion nur eine rechnerische Nutzungsdauer von 40 Jahren haben, die erreicht wird. Die eigentliche Nutzung übersteigt diesen Zeitraum, insbes. durch kontinuierliche Sanierung/ Bauunterhaltung.*

Den zweithöchsten Anteil der Kontengruppe 41 stellen die Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben an die Stadt Ahrensburg von rd. 660.000 €, die nach dem Haushaltserlass für 2011 ff in 2013 mit ./ 13 % zum Vorjahr einmalig einen Rückgang auf 615.000 € erfahren.

Die Ermittlung der **Auflösung aus Beiträgen**, Konto 4371, sinkt von 2011 mit rd. 615.000 € auf rd. 490.000 € in 2014. Hieran wird deutlich, dass der Neubau von Straßen, bei denen Anlieger zu Ausbaubeiträgen herangezogen werden, nicht jedes Jahr in vergleichbarem Umfang erfolgt. Straßen haben eine Nutzungsdauer von einheitlich 35 Jahren nach der amtlichen Abschreibungstabelle des Landes, über diesen Zeitraum sind daher auch die Ausbau-/ Ablösungsbeiträge aufzulösen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** (Konten .4311 bis .4371) beinhalten ferner Verwaltungsgebühren sowie Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte. Die **Verwaltungsgebühren** (Kontengruppe 4311) haben für 2011 einen Anteil von rd. 440.000 € gegenüber 365.000 € 2010. Der zweithöchste Anteil entfällt unverändert auf Baugebühren (PSK 52100.4311000) mit 150.000 €. Verwaltungsgebühren im Einwohnermeldebereich steigen wegen der hohen Gebühren für den neuen Personalausweis von 190.000 € auf 265.000 €. Die **Benutzungsgebühren** (Kontengruppe 4321) bleiben unverändert bei rd. 1,5 Mio. €. Der Anteil der Parkgebühren hieran liegt bei 320.000 € (Vorjahr: 350.000 €, Anordnungssoll Stand Oktober 2010: rd. 260.000 €). Der Anteil der KiTa-Gebühren inkl. Mittagessen beträgt 2011 rd. 0,39 Mio. € (2010: 0,37 Mio. €).

Sonstige ordentliche Erträge

- Die **Erträge aus Kostenerstattungen** sinken 2011 gegenüber 2010 um rd. 0,54 Mio. € auf 1,57 Mio. € ab. Veranschlagt sind hier insbes. Gastschulbeiträge, aber auch die Kostenerstattung der ARGE für abgeordnete Beschäftigte. Diese Abordnungen enden 2010. Ferner konnte nur für 2010 einmalig eine hohe Kostenerstattung im Rahmen des ÖPNV (Rückzahlung vom Kreis) vereinnahmt werden.
- Die **Konzessionsabgaben** sinken von 1,96 Mio. € auf 1,86 Mio. € aufgrund einer leichten Absenkung im Bereich der Strom- und Wasserversorgung.

- Zu veranschlagen als Erträge im Ergebnishaushalt sind ferner **Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden** (PSK 11145.4541000): Diese stellen einerseits Erträge im Ergebnishaushalt und andererseits investive Einnahmen (Finanzhaushalt) dar. Für 2011 sind Erträge von 4,25 Mio. € veranschlagt, für 2012 = 13,0 Mio. €, für 2013 7,6 Mio. € und für 2014 nur 1,0 Mio. €.

2011 ist neben „Beimoor Süd“ – Anteil 1,0 Mio. € – insbes. die Veräußerung des städtischen Geländes „Erlenhof“ an die LEG, des jetzigen Gebäudes Peter-Rantzau-Hauses nach Bezug des Neubaus, der Wohnungen Akazienstieg 15 und der Verkauf städtischer Flächen im Gebiet der Quartierssanierung „Reeshoop“ an die NL vorgesehen, ferner der Verkauf von Flächen an der Manfred-Samusch-Straße zum Bau eines Parkhauses in der Innenstadt.

Die Erlöse 2013 beziehen sich überwiegend auf die Veräußerung von Gewerbeflächen in Beimoor Süd (I + II – insgesamt 1,0 Mio. €) und sind nur erzielbar, wenn insbes. die in 2010 erworbenen Erweiterungsflächen Beimoor Süd mit einem hohen Anteil weiter veräußert werden können. 2013 ff entfallen auf das Gebiet „Beimoor Süd“ – jeweils 1,0 Mio. € p. a. €.

- Im Rahmen des Ergebnishaushalts sind außerdem Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen (Pensionsrückstellung, Beihilferückstellung, Verfahrensrückstellung etc.) zu kalkulieren. Hierbei handelt es sich um buchhalterische Veranschlagungen für die bei der Stadt tätigen Beamtinnen und Beamten, Risiken anhängiger Verfahren etc.; es handelt sich nicht um tatsächliche Erträge. Daher steht diesen Erträgen auch keine vergleichbare Aussage im Finanzhaushalt gegenüber.

2.2 Aufwendungen (Ergebnishaushalt)

Mit 12,732 Mio. € (Vorjahr: 12,581 Mio. €) entfallen erneut rd. 20 % des Ergebnishaushalts auf **Personalaufwendungen** (Kontengruppe 50). Davon sind mit 530.000 € und 50.000 € für Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen hierin Erhöhungsanteile enthalten, die keine echten Aufwendungen darstellen. Bereinigt um diese Anteile verbleiben Aufwendungen von 12.152.100 Mio. €. Ferner sind 297.000 € Aufwendungen für sonstige Beschäftigte - Honorarkräfte, VHS-Dozenten etc. - enthalten (2010: 330.000 €) enthalten. Inkl. der Beihilfeaufwendungen von 245.000 € entstehen 2011 stellenplangebundene Personalausgaben von **11,705 Mio. €**, denen 2010 Aufwendungen von 11,109 Mio. € gegenüberstehen (0,596 Mio. € bzw. + 5,36 %). Tarifveränderungen sind hierbei nur ein geringer Anteil der Steigerung (+ 0,6 % zum 01.01.2011, weitere 0,5 % zum 01.08.2011). Im Wesentlichen ist der Anstieg auf

- Veränderungen resultierend aus dem Stellenplan 2010 (zusätzliche Stelle im Bereich der EDV-Betreuung, + 0,5-Stelle Schulsozialarbeit, eine Stelle für Stadtmarketing): 2010 nur anteilig kalkuliert, vollständige Belastung ab 2011,
- Beschluss zur Erweiterung der Kindertagesstätte Pionierweg um eine Krippe (anteilig 2011 kalkuliert: + 105.000 €). Hier werden 6 weitere Stellen geschaffen, um der Umsetzung des Anspruches auf Krippenplätze näher zu kommen und
- berechnete zusätzliche zwei Stellen bei der Stadtplanung (Umwelt, Bauaufsicht), über die im Rahmen der Stellenplanberatung 2011 noch detailliert zu befinden ist,

zurückzuführen.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** (Kontengruppe 52) handelt es sich im Wesentlichen um die Kosten der Bauunterhaltung, Bewirtschaftung und Fortbildung. Dem Ansatz 2011 von 10,092 Mio. € stehen Gesamtaufwendungen von 10,285 Mio. € des Vorjahres gegenüber. Die **Aufwendungen der Bauunterhaltung und des sonstigen unbeweglichen Vermögens** belaufen sich 2011 auf 1,949 Mio. €, denen 2010 Kosten von 2,862 Mio. € gegenüberstanden. Daneben sind 2011 Bauhofkosten von rd. 2,26 Mio. € (2010: 2,445 Mio. €) veranschlagt, dies im Wesentlichen für die Pflege der Grünflächen, für die Straßenentwässerung und für die Straßenreinigung.

Die Sanierung des Stadtarchivs/ Verwaltungsarchivs wurde nach 2012 verschoben, trotz des Umstands, dass dieses bereits jetzt an der Kapazitätsgrenze angelangt ist.

Die **Bewirtschaftungskosten** 2011 betragen 3,623 Mio. € und entsprechen damit dem Stand des Vorjahres (3,659 Mio. €).

Abschreibungen (Kontengruppe 57) sind in Höhe von 4,8 Mio. € (2010: 6,333 Mio. €) enthalten. Die gravierende Höhe der Abschreibungen 2010 ist darauf zurückzuführen, dass bei baulichen Maßnahmen, die nicht zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögensgegenstandes führen oder dessen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer verlängern, eine einmalige Abschreibung veranschlagt wurde. Vor Durchführung des Jahresabschlusses 2010 wird diese Konstellation auch mit dem Innenminister nochmals verbindlich abgeklärt.

In der Kontengruppe 53 sind sog. **Transferaufwendungen** enthalten, d. h. **Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte**, aber auch die **Umlagen** wie Kreis-, Finanzausgleichs- und Gewerbesteuerumlage. Den Gesamtaufwendungen 2011 von insgesamt 23,1 Mio. € stehen Aufwendungen von 26,9 Mio. € des Vorjahres gegenüber.

- Der größte Kostenblock entfällt mit 2,807 Mio. € (Plan 2010: 2,433 Mio. €) auf Kindertagesstätten und Horte (PSK 36515.5314000 bis .5318019) und mit 1,475 Mio. € auf den Defizitzuschuss an die Bad GmbH (PSK 42420.5315000; Plan 2010: 1,525 Mio. €). Bei den Planzahlen ist zu bedenken, dass ab 2010 in verschiedenen Einrichtungen (Kindertagesstätte Gartenholz – zusätzlich Krippenplätze ab 01.03.2010) der Zuschuss sich infolge von veränderten Plätzen erhöhte und weitere Angebote wie z. B. agilo GmbH ab 2011 öffnen.
- Dagegen sinkt der Zuschuss an die Bad GmbH. Um diesen hohen Defizitzuschuss weiter zu reduzieren, tagt gegenwärtig eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Politik und Mitarbeitern der BBG. Erste Überlegungen der Geschäftsführung könnten zu einer Reduzierung von max. 0,2 Mio. € führen, die Gespräche werden weitergeführt.
- Die **Kreisumlage** wird 2011 voraussichtlich eine Höhe von 11,710 Mio. € gegenüber 2010: 14,073 erreichen. Diese ist mit dem Landesanteil von weiteren 565.000 € Teil der an den Kreis abzuführenden „allgemeinen Umlage“ (Konto 61100.5372000). Der Kreis hat seine Umlagegrundlagen nicht verändert. Da aber 2010 insbes. die hohen IST-Einnahmen der Gewerbesteuer des III. Quartals 2008 die Höhe der Kreisumlage bestimmten, ergibt sich aufgrund der ab 2009 gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen und sinkender Einkommensteueranteile eine deutliche Reduzierung und damit Entlastung des Ergebnishaushalts. Maßgeblich für die Berechnung der Kreisumlage 2011 sind die IST-Einnahmen der Quartale III/ 2009 bis inkl. II/ 2010.

Die **Finanzausgleichsumlage** ist zur Hälfte an den Kreis, zur Hälfte an das Land abzuführen. Dadurch ergibt sich 2011 eine Belastung von weiteren nochmals 565.000 €. Ein Anteil von 3,8 Mio. € ist darüber hinaus als **Gewerbesteuerumlage** veranschlagt. **Die Reduzierungen der Umlagen sind die gravierendste Entlastung des Ergebnishaushalts 2011 (- 3,087 Mio. €).**

- Als weitere Beteiligung der Stadt Ahrensburg für die Stiftung Schloss Ahrensburg sind ab 2010 – Konto .5318000 - über 5 Jahre jährlich 100.000 € neben der ständigen Unterstützung zu zahlen. Im Gegenzug hatten sich weitere Geldgeber bereiterklärt, ihren Betrag um diese Summe zu erhöhen.

In Kontengruppe 54 sind sog. „sonstige ordentliche Aufwendungen“ enthalten. Diese Aufwendungen steigen von 3,8 Mio. € auf 4,4 Mio. €. Darin sind z. B. veranschlagt:

- Kosten für ehrenamtlich Tätige (Kontengruppe 5421000)
- Büro- und Geschäftsbedarf etc. als allg. Geschäftsaufwendungen (Konto .5431000)
- **Spezielle Geschäftsaufwendungen wie Kosten für Gutachten, die Bauleitplanung**, Zukunftswerkstätten etc. (Konten 543101f). Aufwendungen 2011 von rd. 607.500 € stehen 2010 Aufwendungen von 666.300 € gegenüber. Relevant sind insbes. Planungskosten der Produkte 51100/ Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie 55100/ Öffentliches Grün (Anteil 2011: 450.000 €, 2010: 460.000 €). Der Anteil Planungskosten für das Gebiet Erlenhof von 120.000 € (80.000 € - 2010) soll vollständig von der LEG erstattet werden, ferner sind Planungskosten für das Gebiet Beimoor Süd und das Stadtgebiet betreffende Aufwendungen für den Masterplan Verkehr, Rahmenplanung etc. enthalten. Mit einem Anteil von 100.000 € soll 2011 ferner eine Überarbeitung des Landschaftsplanes erfolgen. Enthalten hierin sind auch Planungskosten für den Bereich Naherholungsraum Breitenbeker Teich, die anteilig gefördert werden.
- Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung, Kontengruppe 5461, unverändert 550.000 €,
- Wertveränderungen für Sachanlagen (Kontengruppe 5471), die den Ergebnishaushalt 2011 mit 1,16 Mio. € belasten und
- aufzulösende Rechnungsabgrenzungen aus lfd. Investitionszuschüssen von rd. 430.000 €. Die Stadt hat gewährte Investitionskostenzuschüsse an Dritte für unbewegliches Vermögen über 25 Jahre, für bewegliche Anlagegüter über 10 Jahre aufzulösen – z. B. Zahlungen an den THC für den Kunstrasenplatz oder an die Schützengilde für das neue Vereinsheim. Hierbei handelt es sich um nicht zahlungsrelevante Vorgänge.

Bei den **Wertveränderungen für Sachanlagen** handelt es sich um Beträge, die bei einem Verkauf von städtischem Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude) verdeutlichen, in welcher Höhe die Stadt sich von eigenem Vermögen trennt. Nur der Differenzbetrag ist tatsächlicher Ertrag. Der Anteil wurde - sofern vorhanden - nach dem Bewertungsergebnis der bebauten und unbebauten Grundstücke und ggf. Gebäude ermittelt bzw. nach Kaufverträgen für die zu veräußernde Fläche geschätzt.

Durch die veranschlagten Aufwendungen entsteht im Verhältnis zu den Erträgen ein Defizit von 2,003 Mio. € 2011 im Ergebnishaushalt, das in den Folgejahren auszugleichen ist. Dies betrifft auch den voraussichtlichen Fehlbetrag 2010.

Die Verwaltung hat intern - soweit es ihr realisierbar erschien - Reduzierungen der Aufwendungen vorgenommen, das angestrebte Ziel von 10 % bis 15 % des Ergebnishaushalts aber nicht erreichen können; dies insb. deshalb, weil

- Personalkosten nicht einbezogen werden konnten – hierzu sind grundsätzliche Entscheidungen erforderlich –,
- steigende Aufwendungen für die Betreuung von Kindern diesem Ziel zuwiderliefen,
- nicht zahlungsrelevante Vorgänge wie Abschreibungen und Rückstellungen nicht beeinflussbar sind.

Reduziert wurden z. B. Fortbildungskosten um 21.000 € = 18,5 % und allg. Geschäftsaufwendungen um 47.300 € = 9,1 %, ferner spezielle Geschäftsaufwendungen in einigen Bereichen begrenzt.

Auch den Schulleitern wurde mitgeteilt, dass Reduzierungen im Lehr- und Unterrichtsbedarf unvermeidbar seien. Diese Reduzierungen wurden vorgenommen, tlw. auch gegen den Willen der Schulen. Ferner wurden die Träger von Betreuungsangeboten für Kinder gebeten, bei der Berechnung ihrer Förderung die finanzielle Lage der Stadt zu bedenken.

Freiwillige Zuschüsse an Dritte wurden tlw. reduziert.

3. Finanzhaushalt 2010 ff

3.1 Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Auf diese Inhalte wird nicht näher eingegangen, sondern auf die Ausführungen zu 2. verwiesen. Der Fehlbetrag der zahlungsrelevanten Erträge - mit Ausnahme der Grundstückserlöse, die investive Einzahlungen des Finanzhaushalts darstellen - und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit beläuft sich 2011 auf voraussichtlich 975.100 Mio. €. Dies ist - zumal in den Folgejahren kein Ausgleich ersichtlich ist - nicht hinzunehmen. Das Problem ist strukturell anzugehen, um langfristig einen Saldo ausweisen zu können, der Überschüsse zur Finanzierung der Investitionen ermöglicht. Daher wird sich die Stadt - da eine deutliche Veränderung der konjunkturellen Lage erst nach 2014 erwartet wird - bei freiwilligen Aufwendungen weiterhin kritisch fragen müssen, ob und ggf. wann diese Aufwendungen erforderlich sind.

3.2 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Erläutert werden nur die in Kontengruppe 681 ff und 688 veranschlagten Einzahlungen, nicht die Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden – hierzu siehe Ziff. 2.1. Folgende investive Einzahlungen sind veranschlagt:

Bezeichnung	2011	2012	2013	2014
Grundstückserlöse	4.250.000 €	13.000.000	7.600.000	1.000.000

Zur Umsetzung der in den Jahren 2011 bis 2014 angestrebten Grundstückserlöse sind zuvor im Regelfall B-Pläne noch zu verändern bzw. aufzustellen, siehe z. B. zur Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor. Ab 2014 sind aus heutiger Sicht nur noch Erlöse aus der Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor erzielbar.

In Kontengruppe 2320 (Finanzhaushalt: 681) sind die **Zuweisungen** 2010 ff abgebildet. Zuweisungen und Zuschüsse sinken insbes. im Hochbaubereich kontinuierlich und sind für Investitionen wie folgt veranschlagt:

Bezeichnung	2011	2012	2013	2014
1. Zuwendung für Drehleiter	90.000 €			
2. Landesschulbauprogramm Stormarnschule	32.000 €			
3. Landesschulbauprogramm Selma-Lagerlöf-GS	16.600 €			
4. Landesschulbauprogramm GS Am Heimgarten	85.000 €			
5. Neubau einer Kindertagesstätte/ Kreiszuw.			75.000	
6. Förderung GVFG für Entlastungsstraße Nord		300.000	900.000	1.500.000
7. Förderung GVFG Umbau AOK-Knoten			200.000	200.000
8. Förderung GVFG Sanierung Fahrbahn Tunnel Woldenhorn				200.000
9. Haltepunkt Nord	190.000 €			
Summe	413.600 €	300.000 €	1.175.000 €	1.900.000 €

Für die außerhalb des Schulbereiches und des Haltepunktes veranschlagten Zuweisungen liegen bisher – da sie erst in 2011 ff vorbereitet werden – noch keine Förderbescheide vor. Insofern sind insbes. die nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) veranschlagten Zuweisungen gegenwärtig noch völlig unsicher.

Daneben sind **Beiträge** für den Ausbau von Gemeindestraßen - Produkt 54100 - veranschlagt:

Bezeichnung	2011	2012	2013	2014
1. Klaus-Groth-Straße	100.000 €			
2. Heidekamp		210.000 €		
3. Bredenbekweg			230.000 €	
Summe	100.000 €	210.000 €	230.000 €	0 €

Alle weiteren Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen finanziert die Stadt ggf. zu 100 %. Die oben genannten investiven Einzahlungen belegen, dass die Stadt für ihre Infrastruktur- und Baumaßnahmen nur vergleichsweise geringe Zuwendungen von dritter Seite erhält und die Investitionen nur durch Grundstückerlöse eine „Teilfinanzierung“ erfahren. Diese sind „endlich“, wie der Ansatz von 2014 verdeutlicht.

Besonders im Schulbereich stehen weiterhin hohe Investitionen an, eine Mitfinanzierung des Landes ist nicht mehr zu erwarten. Dies betrifft z. B. auch den Bau der Cafeteria/ Pausenhalle der Stormarnschule, den Neubau einer Turnhalle bei der Grundschule Am Hagen oder gewünschte Erweiterungen wie eine Erhöhung der Unterrichtsklassenanzahl der Grundschule Am Schloss nach Abriss des Pavillons und zweistöckiger Neuerrichtung, erforderlich aufgrund der zu erwartenden Zuzüge im Gebiet Erlenhof, und weitere Infrastrukturmaßnahmen.

3.3 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Der **Erwerb von Grundstücken** ist in Kontengruppe 7821 veranschlagt. 2011 sollen Flächen eines Eigentümers im Gewerbegebiet Beimoor Süd erworben werden für den Abschluss von Straßenbaumaßnahmen und die Anbindung an den Beimoorweg.

Insbes. sind 2011 aber Gespräche über weiteren Erwerb von Grundstücksflächen im Gewerbegebiet Beimoor vorgesehen. Der Erwerb würde die Jahre 2012 und 2013 belasten. Hierbei handelt es sich um ein Grundstück, das sich zwischen bereits von der Stadt in den Jahren bis 2010 erworbenen Flächen befindet. Ein Großteil der städtischen Flächen Beimoor Süd (1. BA.) ist veräußert bzw. an Hand gegeben. Die Nachfrage insbes. nach größeren Grundstücken kann nicht mehr befriedigt werden, sodass weiterer Grunderwerb sinnvoll ist. Darüber hinaus könnte der Ankauf einer Restfläche im Gewerbegebiet Nord erforderlich werden, dies ebenfalls 2012/ 2013. Hierzu sind Verhandlungen zwischen Grundstückseigentümern im Gewerbegebiet Nord abzuwarten. Die Grundstücksankäufe für Gewerbeflächen würden die Stadt wie folgt belasten:

Bezeichnung	2011	2012	2013	2014
Flächenan Kauf für Gewerbe/ Infrastruktur (2011)	315.000 €	2.850.000 €	2.850.000 €	0

Daneben wurde 2010 eine Verpflichtungsermächtigung für den Ankauf des Grundstücks mit dem THW-Gebäudeteil - angrenzend an das Rettungszentrum Am Weinberg - veranschlagt. Diese Fläche wurde der Stadt vom Bund angeboten. Für weitere kleinere Grundstücksgeschäfte sind 2012 ff 50.000 € Grunderwerb veranschlagt, der Ansatz ist knapp kalkuliert.

Für die **Beschaffungen beweglichen Vermögens** - ab 150 €, Kontengruppen 01 - 08, ist ein Umfang von 1,088 Mio. € (2010: 1,402 Mio. €) veranschlagt, weitere rd. 0,8 Mio. € für die Folgejahre. Der erhöhte Ansatz 2010/ 2011 ist insbes. durch den Ankauf der Drehleiter (2010/2011: je 300.000 €) und Einrichtung des Peter-Rantzau-Hauses (2010: 250.000 €) begründet. Als bewegliches Vermögen veranschlagt sind auch alle Fahrzeuge der Feuerwehr sowie ggf. Zäune (07), Software und Lizenzen (Bilanzkonto 0100000, Finanzkonto .7831050), Erneuerung eines Sporthallenbodens und der weitere Aufbau von Gebäudeleittechnik.

Die Ansätze des Produktes 12600/ Brandschutz wurden verändert mit der Folge, dass die Jahre ab 2012 durch den Erwerb neuer Fahrzeuge für die FFW kontinuierlich einen Ansatz von 200.000 € nicht übersteigen.

Die Beschaffung beweglichen Vermögens verteilt sich schwerpunktmäßig auf folgende Produkte:

Produkt	2011	2012	2013	2014
11115 Zentrale Dienste inkl. TUI	230.000 €	195.000 €	175.000 €	175.000 €
12600 Brandschutz	366.000 €	260.000 €	260.000 €	225.000 €
davon Drehleiter	300.000 €			
davon weitere Fahrzeuge		200.000 €	200.000 €	200.000 €
21700 Gymnasium Am Heimgarten	138.200 €	32.700 €	28.200 €	28.200 €
davon neuer Sportboden	80.000 €			
21820 Gemeinschaftsschule Am Heimgarten	129.700 €	31.200 €	26.700 €	26.700 €
davon neuer Sportboden	85.000 €			
54605 Parkscheinautomaten	35.000 €	0 €	0 €	0 €
Zwischensumme	898.900 €	518.900 €	489.900 €	454.900 €
Weiteres	188.700 €	326.500 €	311.500 €	267.500 €
Gesamtsumme	1.087.600 €	845.400 €	801.400 €	722.400 €

Für **Baumaßnahmen** - Kontengruppe 09, Finanzkosten 785 ff - folgen Auszahlungen von 4,804 Mio. € für 2011, 6,660 Mio. € für 2012, 9,429 Mio. € für 2013 und 10,380 Mio. € für 2014.

Die Schwerpunkte bilden 2011 ff folgende Projekte:

Baumaßnahmen	2011	2012	2013	2014
Aufbau Gebäudeleittechnik in verschiedenen Liegenschaften	134.000 €	20.000 €	24.000 €	0 €
21100 GS Am Schloss/ Abschluss	290.000 €	0 €		
Neubau Pavillontrakt	0 €	0 €	75.000 €	1.000.000 €
21105 GS Am Reesenbüttel/ Schulhof	0 €	0 €	0 €	400.000 €
21110 GS Am Hagen/ Neubau einer Turnhalle	0 €	1.000.000 €	800.000 €	
energetische Sanierung Altbau	0 €	0 €	0 €	1.100.000 €
21705 Stormarnschule				
Errichtung Cafeteria	1.200.000	220.000 €	0 €	0 €
Sanierung Chemieraum	0 €	100.000 €	0 €	
36500 KiTa Pionierweg Anbau für Krippengruppe/ Rest	20.000 €	0 €	0 €	0 €
Außengeräteraum + Parkplätze	30.000 €	0 €	0 €	0 €
36515 Neubau einer Kindertagesstätte	0 €	600.000 €	2.000.000 €	0 €
54100 Neubau LSA Hagener Allee/ Bargenkoppelredder	135.000 €	0 €	0 €	0 €
Umbau Knoten Klaus-Groth-Str./ Reeshoop	65.000 €	0 €	0 €	0 €
Erneuerung Heidekamp	200.000 €	0 €	0 €	0
Erneuerung Klaus-Groth-Straße/ Rest	150.000 €	0 €	0 €	0 €
Neubau Hamburger Straße Nord	0 €	0 €	50.000 €	800.000 €
Erneuerung Hagener Allee	0 €	0 €	0 €	1.750.000 €
Erneuerung Bredenbekweg	30.000 €	300.000 €	0 €	0 €
Erneuerung Bornkampsweg	0 €	0 €	1.000.000 €	1.600.000 €
Planung und Bau Entlastungsstraße Nord	200.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €
Radverkehrskonzept	122.300 €	100.000 €	50.000 €	50.000 €
Veloroute Wulfsdorfer Weg	0 €	300.000 €	320.000 €	0 €
54110 Erschließung B-Plangebiet 82 inkl. Grünanlage (Wege)	0 €	840.000 €	700.000 €	0 €
Erschließung B-Plangebiet 88	1.500.000 €	1.500.000 €	1.700.000 €	1.000.000 €
54300 LSA Manhagener Allee/ Woldenhorn	80.000 €	0 €	0 €	0 €
LSA Manhagener Allee/ Am Aalfang	0 €	0 €	85.000 €	0 €
54400 LSA Bornkampsweg/ B 75	0 €	0 €	150.000 €	0 €
LSA Gartenholz	0 €	50.000 €	0 €	0 €
Erneuerung Lärmschutzwand B 75	0 €	90.000 €	0 €	0 €
Umbau AOK-Knoten	0 €	0 €	600.000 €	200.000 €
Planungskosten Sanierung Fahrbahn		0 €	100.000 €	800.000 €
Tunnel Woldenhorn	0 €			
54600 Sanierung P+R-Anlage U-Bahnhof West	0 €	0 €	200.000 €	0 €
55100 Freiraumplanung Stormarnplatz	250.000 €	0 €	0 €	0 €
55105 Neubau Spielplatz Pionierweg	150.000 €	0 €	0 €	0 €
Zwischensumme	4.556.300 €	6.620.000 €	9.354.000 €	10.200.000 €
Weiteres	247.700 €	40.000 €	75.000 €	180.000 €
Summe	4.804.000 €	6.660.000 €	9.429.000 €	10.380.000 €

Die Investitionen zeigen 2011 ff einen Schwerpunkt – wie in den Vorjahren – im Bereich der Tief- und Schulbaumaßnahmen. Eine Auswertung der Jahre 2005 bis 2008 hat gezeigt, dass im Durchschnitt im Tiefbaubereich Auszahlungen in Höhe von rd. 2,3 Mio. €, im Schulbaubereich von 2,0 Mio. € entstanden. Diese Werte scheinen geeignet, als Grundlage der künftigen Haushaltsansätze zu dienen.

Es ist festzustellen, dass auch nach den Investitionen aufgrund des Konjunkturprogramms 2010 noch Bedarf besteht, insbes. weitere **Schulgebäude** in ihrer Energiebilanz zu verbessern. Daher sind auch in den Folgejahren tlw. noch erhebliche Investitionen erforderlich. Die bei der Grundschule Am Schloss dargestellte Neubautätigkeit ist einerseits in diesem Licht zu betrachten, andererseits werden die Schülerzahlen nach Bezug des Neubaugebietes Erlenhof steigen. Daher ist unter Berücksichtigung der Planung für dieses Baugebiet zu entscheiden, wann der Neubau tatsächlich umzusetzen ist.

Für **Schulhöfe/ hier: Grundschule Am Reesenbüttel (2013)** sollte eine Kostenobergrenze Sanierung und Ausstattung festgelegt werden, die einerseits der Größe Rechnung trägt, andererseits aber auch der Anzahl der Nutzer. An der Grundschule Am Reesenbüttel sind Nutzer insbes. die Schüler und die Kinder des angrenzenden Hortes. Für die Neugestaltung des Schulhofes der Grundschule Am Aalfang wurden 400.000 € inkl. Bolzplatz, für den Schulhof der Grundschule Am Hagen 200.000 € bereit gestellt.

Im Hinblick auf das künftige Wohngebiet Erlenhof und wegen der ohnehin bereits jetzt hohen Nachfrage wird auch der Neubau einer weiteren **Kindertagesstätte** im Stadtgebiet inkl. Krippenangebot für erforderlich gehalten. Hier ist auch dem Umstand, dass künftig ein Rechtsanspruch für Kleinkinder unter 3 Jahren besteht, Rechnung zu tragen, ebenso wie der Tatsache, dass der Rechtsanspruch für Kinder über 3 Jahren bereits jetzt besteht und dem Bedarf noch nicht zufriedenstellend begegnet werden kann. Allerdings lösen diese Kosten erhebliche Folgekosten insbes. durch weitere zu zahlende Zuschüsse an die Träger oder – sollte dieser die Stadt selbst werden – Personalkosten aus, ferner Kosten der Bauunterhaltung und Abschreibungen.

Weiterhin sind einmalig diverse **Lichtsignalanlagen** zu erneuern. Es fällt zunehmend schwer, Ersatzteile für die Altanlagen zu erhalten. Darüber hinaus wurden sie in einigen Fällen im Rahmen der Verkehrsschau bemängelt, insbes. diejenigen an Schulwegen. Im Fall der neuen Lichtsignalanlage am Bornkampsweg ist es erforderlich, das Linksabbiegen sicherer zu gestalten.

Die veranschlagten Baukosten für die **Entlastungsstraße Nord** entsprechen nicht den vollen Kosten. In Abhängigkeit von der Umsetzung wurden 2005 Baukosten zwischen 4,2 Mio. € (Brücke) bis zu 6,1 Mio. € (Tunnel) ermittelt. Die Kostenschätzung ist zu aktualisieren. Zwischenzeitlich wurde geklärt, dass für die auslaufende Mitfinanzierung nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) es wohl nicht erforderlich ist, dass die Baumaßnahme 2013 bereits beendet sein muss. Sie muss aber begonnen worden sein. Zuwendungen sind daher ebenfalls veranschlagt, siehe Ziff. 3.2.

Gegenüber 2010 hat der Haushaltsentwurf 2011 eine wesentliche Reduzierung erfahren (16.898.700 € - 2010; 6.666.600 € - rd. 10,2 Mio. €). 2010 wurde allerdings vielfach durch Zuwendungen des Konjunkturprogramms mit 75 % gegenfinanziert. 2011 besteht ohne die Tilgungsausgaben, die bei der Kreditobergrenze nicht berücksichtigt werden dürfen, ein sog. „Finanzmittelfehlbetrag“ von 1,8 Mio. €, der erneut nur durch einen Kredit gedeckt werden könnte.

4. Verschuldung und Ausblick

Im Saldo zeigt sich im Jahr 2011 ein Fehlbetrag von mehr als 2,1 Mio. € aus Investitionstätigkeit, ferner rd. 1,0 Mio. € aus laufender Verwaltungstätigkeit. Insgesamt beläuft sich der Fehlbetrag 2011 somit auf rd. 3,1 Mio. € und steigt 2013 auf rd. 3,44 Mio. €, 2014 auf rd. 7,14 Mio. €. In diversen Fällen wurden die Haushaltsanmeldungen 2011 und Folgejahre reduziert. 2012 ist zwar im laufenden Verwaltungsetat im Ergebnis-, aber nicht im Finanzhaushalt ausgeglichen. Der Investitionsbereich ist außer in 2012 in keinem der Jahre 2011 bis 2014 ausgeglichen.

Bei dieser Betrachtung sind auch Tilgungsleistungen noch nicht berücksichtigt. Verdeckt erhöht sich die Verschuldung durch die Realisierung des ppp-Projekts für den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses, das Ende des Jahres bezogen wird (kreditähnliches Rechtsgeschäft) um voraussichtlich rd. 4,5 Mio. € ab 2011. Ein Anteil von je 180.000 € Tilgung und Zinsen ist ab 2011 bereits eingeplant.

Diese Zahlen belegen, dass eine **Konsolidierung der Haushaltslage dringend erforderlich** ist und die Politik sich einer **Anhebung der Hebesätze** nicht länger verschließen sollte. Auch angesichts weiterer Folgekosten im Ergebnishaushalt als Folge nicht vermeidbarer neuer Einrichtungen (hier: Kindertagesstätte) ist es unrealistisch, durch Einsparungen im freiwilligen Bereich – die in allen Bereichen zumindest ansatzweise durch Kürzungen bei Zuschüssen, Fortbildung, Geschäftsbedarf begonnen wurde – ein dauerhaft positives Jahresergebnis zu erzielen. Diese Beurteilung gilt seitens der Verwaltung angesichts der zurückgehenden Grundstückserlöse auch, wenn die Gewerbesteuern deutlich steigen. Dieses wird aber nicht vor 2015 erwartet.

Eine Hebesatzerhöhung der Grundsteuern erfolgte zuletzt zum 01.01.2003 (300 %, zuvor 290 %). Zuvor galt ein Hebesatz für die Grundsteuer B in Höhe von 260 % (seit 2000). 2003 wurde die Verwaltung aufgefordert, eher regelmäßig als nach längerer Zeit dann eine erhebliche Erhöhung des Hebesatzes vorzunehmen. Darauf basierten die Vorlagen der vergangenen Jahre. Die Anhebung lässt sich aus Sicht der Verwaltung nicht länger verschieben. Bei einer Anhebung von 300 % auf 370 % – wie derzeit vom Innenminister gefordert – lassen sich Mehrerträge von 1,0 Mio. €/erzielen, die bereits in den Haushaltsentwurf eingearbeitet sind. Bei einer Anhebung auf 350 % wären es Erträge von + 0,7 Mio. €.

Die Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer sollte gegenwärtig nicht erfolgen, aber in der Zukunft nicht ausgeschlossen sein (Hebesatz seit ca. 2002: 350 %). Nur die Erträge der Grund- und Gewerbesteuern kann die Stadt – anders als die Einkommensteueranteile – direkt beeinflussen.

Eine **Neuverschuldung** sollte - wenn schon nicht vermeidbar – nur die dringend notwendige Höhe beinhalten. Die Verschuldung von 11,5 Mio. € des Haushalts 2010 ist - sobald möglich - zurückzuführen und in den Folgejahren zu vermeiden. Die der Verschuldung zugrunde liegende Belastung 2010 wird voraussichtlich 2012 - nicht 2013 - zu Grundstückserträgen führen. Genau ist dies gegenwärtig nicht einschätzbar. Daraus folgt, dass im Saldo 2013 sich ein Fehlbetrag von 9,0 Mio. € ergibt. Der Haushalt 2012 sollte im Saldo aus der Investitionstätigkeit entsprechend statt mit 2,77 Mio. € mindestens bei + 5,0 Mio. € enden.

Entsprechend der Empfehlung des Finanzausschusses wurde 2010 zunächst ein Kommunalkredit von 5,0 Mio. € mit einer Zinsbindung von 3 Jahren aufgenommen, der 2013 ggf. durch Sondertilgung zurückgezahlt werden könnte. Die Planungsdaten 2013 ließen dies gegenwärtig nicht zu, gleichwohl ist im Hinblick auf die Empfehlung des Finanzausschusses dies gegenwärtig so veranschlagt. Die geplanten Aufwendungen und Investitionen sind auf diesem Hintergrund von der Verwaltung und der Politik besonders zu beleuchten.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlagen:

Anlage 1 Entwurf Haushaltssatzung
Anlage 2 Übersicht Verpflichtungsermächtigungen